Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 14 (1994)

Heft: 27

Artikel: Moralpolitik gegen alleinerziehende Mütter : zum Scheitern der Back-to-basics-Kampagne in Grossbritannien

Autor: Gruber, Renée / Howald, Stefan

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-651959

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Renée Gruber / Stefan Howald

Moralpolitik gegen alleinerziehende Mütter

Zum Scheitern der Back-to-basics-Kampagne in Grossbritannien

Zu Beginn schien es einer der üblichen politischen Vorstösse zu sein. Der britische Premierminister John Major, in einem Popularitätstief, rief an der alljährlichen Parteiversammlung der Konservativen im Oktober 1993 zu einer neuen Kampagne auf. "Back to basics" verkündete er und beschrieb die Werte, zu denen die Nation wieder zurückfinden soll: "Es ist Zeit, zu Grundwerten zurückzukehren, time for back to basics, Zeit für Selbstdisziplin und Respekt für das Gesetz, für Rücksichtnahme auf die andern, Zeit, Verantwortung für sich selbst und die eigene Familie zu übernehmen und sie nicht an andere Menschen oder an den Staat zu delegieren." Disziplin, Selbstverantwortung, Law and Order sowie Familie, das sind traditionelle konservative Werte. Doch Major verlieh ihnen eine bezeichnende Nuance. Seine Vorgängerin Margaret Thatcher hatte ja in den 80er Jahren die Devise propagiert, dass es "Gesellschaft" gar nicht gebe, nur das Individuum und den Markt. Dieses Dogma hat sich mittlerweile selbst für die Reproduktion einer kapitalistischen Gesellschaft als kontraproduktiv erwiesen. Gegen den Extremismus eines schrankenlosen Individualismus und Neoliberalismus versuchte Major deshalb, soziale Beziehungen und Verhältnisse wieder in Ordnung zu bringen. Zwischen dem Einzelnen und dem Markt gibt es noch die "anderen", auf die Rücksicht zu nehmen ist. Freilich, diese "anderen", für deren Wohlergehen und soziale Sicherheit jeder Einzelne Verantwortung mitzutragen hat, wurden gleich wieder auf die "Familie" reduziert; und die steht immer noch dem Staat als dem Agenten der Gesamtgesellschaft scharf gegenüber.

Immerhin war damit die Familie als neuer Grundwert vorgegeben. Als Grundeinheit grenzt sie ab und aus. Mit zunehmendem Aussenhandelsdefizit und einem Budgetdefizit, das wegen der massiven Arbeitslosigkeit explodiert ist, sollte es an den gezielten Abbau des Sozialstaates gehen. Erste, eher skurrile Ausgrenzungen hatte Major schon im Oktober 1992 erprobt, als er ankündigte, die Sozialleistungen an die sogenannten New age travellers, die englischen Aussteiger der neunziger Jahre, würden genauer überprüft. Bei gleicher Gelegenheit hatte auch Sozialminister Peter Lilley erstmals ominös angedeutet, es gebe in Grossbritannien zu viele minderjährige alleinerziehende Mütter, die sich "mit dem Staat verheiraten", mit anderen Worten: sich ein Kind machen liessen, um nicht arbeiten zu müssen und damit intakten Familien Gemeindewohnungen wegnähmen. Dieses Thema war im Verlauf des Jahres 1993 mehrmals von Ministern aufgegriffen worden; doch erst nach der "Back-to-basics"-Rede von John Major weitete Innenminister Michael Howard den Angriff auf alleinerziehende Mütter aus, indem er die zunehmende Kriminalität in Grossbritannien generell und direkt auf den Zerfall der Familie zurückführte. Und wenige Wochen später wurde durch eine Indiskre-

tion bekannt, dass das Sozialministerium Pläne entworfen hatte, die Sozialleistungen an alleinerziehende Mütter massiv zusammenzustreichen.

Zur Lage der alleinerziehenden Mütter

In der Tat hat sich das soziale Gefüge in Grossbritannien in den letzten beiden Jahrzehnten schneller verändert als in den meisten kontinentaleuropäischen Ländern. Das durchschnittliche Heiratsalter in England ist im gesamteuropäischen Vergleich sehr tief, die Scheidungsrate mit am höchsten; 1991 kam auf zwei Heiraten eine Scheidung. Die Zahl der nicht in einer Ehe geborenen Kinder stieg von 1971 bis 1991 von knapp 6 auf 28 Prozent (zum Vergleich 1988: GB 25 Prozent, BRD 10 Prozent, Schweiz 6,5 Prozent) (1).

Obwohl die Mehrzahl der ausserehelichen Geburten weiterhin in festen, nicht legalisierten Beziehungen erfolgt, hat der Anteil alleinerziehender Elternteile stark zugenommen. Während es 1971 noch 570'000 gewesen waren, stieg die Zahl 1986 erstmals über eine Million und war 1991 bei 1,3 Millionen angelangt, davon waren 90 Prozent Frauen. Diese alleinerziehenden Mütter und Väter waren insgesamt für 2,2 Millionen Kinder verantwortlich. Bei Frauen im Alter zwischen 20 und 39 machen alleinerziehende Mütter in Grossbritannien mittlerweile 10,1 Prozent aus; das ist der mit Abstand höchste Anteil in allen EU-Ländern (der EU-Durchschnitt beträgt 6,5 Prozent; in Deutschland als dem Land mit dem zweithöchsten Anteil sind es 7,7 Prozent; in Frankreich trotz ebenfalls sehr hohem Anteil ausserehelich geborener Kinder 6,6 Prozent) (2). Eines von fünf britischen Kindern wird bei einer alleinerziehenden Mutter oder, seltener, einem alleinerziehenden Vater aufwachsen, bevor es 16 Jahre alt ist. Dabei gibt es starke ethnische Unterschiede: Bei afro-karibischen und afrikanischen Kindern steigt der Prozentsatz bis auf 40 Prozent, bei asiatischen Kindern fällt er unter 10 Prozent (3).

Eine Studie hat gezeigt, dass die meisten Frauen den Entscheid zum Alleinerziehen nicht leichtfertig fällen: Eine klare Mehrheit bejaht ihn auch später, obwohl die meisten Frauen dadurch finanzielle Einbussen erleiden. Denn die Zahlungsmoral der britischen Väter ist notorisch schlecht. 70 Prozent der Väter haben 1992 nichts an ihre Kinder gezahlt, und die Zahlung der übrigen betrug im Durchschnitt bloss 60 Franken pro Woche. Wenn ein Vater sein Kind nicht anerkennt, wird der Fall kaum je weiterverfolgt; bei Scheidungen sprechen die Gerichte zumeist nur minimale Unterhaltspflichten zu. Als Resultat sind gegenwärtig 84 Prozent der alleinerziehenden Mütter auf staatliche Einkommensunterstützung angewiesen; Ende 1992 waren das 984'000 Frauen. Im übrigen hat sich die ökonomische Situation für Frauen im letzten Jahrzehnt generell verschlechtert (4). Alleinerziehenden Müttern stehen pro Woche nur 10 Pfund (rund 25 Franken) Sozialleistungen mehr zu als einer Zwei-Eltern-Familie, obwohl die Verdienstmöglichkeiten begrenzter und die Aufwendungen für die Kinderfürsorge beträchtlich sind. Denn die öffentliche Kinderversorgung ist schlecht ausgebaut, die private teuer; im Durchschnitt zahlen alleinerziehende Eltern 22 Prozent ihres Einkommens für die Kinderfürsorge. So sehen sich viele alleinerziehenden

Mütter gezwungen, einen Job anzunehmen.

Entsprechend hoch ist die Beschäftigungsquote von Frauen in Grossbritannien. Es sind vor allem die schlechtbezahlten Teilzeitstellen, die von Frauen besetzt werden. Von den seit 1970 neu geschaffenen Stellen haben Frauen 90 Prozent eingenommen. Mittlerweile sind in Grossbritannien praktisch gleich viele Frauen wie Männer berufstätig; von den 10,6 Millionen Männern arbeiten aber lediglich 625'000 teilzeitlich, während es von den 10,1 Millionen Frauen 5 Millionen sind (5). Das hängt generell mit dem Umbau der Industriegesellschaft zusammen, der in Grossbritannien weiter als auf dem Kontinent vorangeschritten ist. Die Flexibilisierung der Arbeit hat dazu geführt, dass in Grossbritannien früher als in den kontinentaleuropäischen Ländern die Arbeitslosigkeit nominell gesunken ist auf gegenwärtige 2,6 Millionen, 9,8 Prozent; von März 1993 bis Dezember 1993 wurden 144'000 neue Teilzeitstellen geschaffen, während 40'000 Vollzeitstellen verlorengingen (6). Frauen arbeiten nicht nur in den Niedriglohn-Branchen, sondern ihre Löhne liegen selbst bei vergleichenden Arbeiten weiterhin 30 Prozent unter den entsprechenden Männerlöhnen.

Die meisten alleinerziehenden Mütter sehen sich deshalb in einer deprimierenden Alternative gefangen: entweder Teilzeit-Jobs mit niedrigen Löhnen annehmen und das meiste Geld für die Kinderbetreuung ausgeben, oder sich auf die Sozialfürsorge abstützen und nicht aus der Abhängigkeit ausbrechen können. Entsprechend fallen viele Ein-Eltern-Familien in die neue Armut. Das durchschnittliche Einkommen eines Ein-Eltern-Haushalts beträgt 38 Prozent desjenigen einer vergleichbaren vierköpfigen Familie; sie gehören in überdurchschnittlicher Zahl zu den ärmsten 20 Prozent der Nation (7). Generell leben Familien mit 3 Millionen britischer Kinder in Verhältnissen unter der Armutsgrenze; alleinerziehende Mütter sind darin überproportional vertreten.

Vor einem Jahr wurde endlich ein Versuch zur Lösung dieser sozialen Krise gestartet und die sogenannte Child Support Agency gegründet. Sie hat die Aufgabe, die Unterhaltszahlungen abwesender Väter einzutreiben und säumige Zahler aufzuspüren. Die staatliche Agentur ist mit dem offen deklarierten Zweck gegründet worden, dem Staat Geld einzusparen, da für alles eingetriebene Geld entsprechende Sozialleistungen wegfallen; die Direktorin ist mit einem erfolgsorientierten Vertrag angestellt worden, das heisst, ihr Honorar steigt mit der Summe des eingetriebenen Geldes. Trotz dieser finanzpolitischen Stossrichtung der Agentur wurde sie auch von Frauenorganisationen begrüsst, weil sie vielen Frauen helfen würde, die oft mühselige und entwürdigende Abhängigkeit von Sozialleistungen abzubauen.

Die Agentur begann ihre Arbeit, indem sie alle vorliegenden Fälle von einer knappen Million abwesender Väter neu überprüfte. Gegen Ende 1993 erhielten viele Väter plötzlich erhöhte Einschätzungen ihrer Unterhaltspflicht, wurden säumige Zahler härter verfolgt. Zuerst schien dies mit der konservativen Kampagne um mehr Familienverantwortung parallel zu laufen. Doch dann begannen sich Männer zu wehren und breiteten ihre Fälle in

der Öffentlichkeit aus. Horrorgeschichten von vervierfachten Forderungen, von drohenden Bankrotten tauchten auf; Parlamentarier erhielten Hunderte von Briefen von empörten Wählern. Die Konservativen, die mit ihren Massnahmen auf die vermeintlich moralisch verkommene Underclass gezielt hatten, merkten jetzt, dass sie vor allem Mittelklassmänner trafen, also ihre eigene Wählerschaft. Die Medien widerhallten vom Backlash der armen männlichen Opfer; teilweise unterstützt von den zweiten Partnerinnen der geschiedenen Männer, die sich durch die erhöhten Zahlungspflichten ihrer jetzigen Partner gegenüber den früheren Frauen ebenfalls benachteiligt sahen.

Reaktionen auf die moralische Panikmache

Politik ist in Grossbritannien in besonderer Weise strukturiert. Die Ausdünnung kommunaler Mitwirkungsformen, das Majorzsystem mit seiner starken Polarisierung haben die Politik extrem auf die nationale Ebene zentriert. Zugleich ist die Politik verstärkt medialisiert worden. Der hohe Verbreitungsgrad an Zeitungen, die scharfe Rivalität der Fernseh- und Radioketten machen News und Tagespolitik zu einem Argument im harten Konkurrenzkampf. Die Konservativen haben lange Zeit über eine solide Mehrheit in den sie unterstützenden Medien verfügt. Seit dem letzten, unerwarteten Wahlerfolg vom April 1992, der mit wesentlicher Unterstützung der Presse zustande kam, fordern die Tory-Blätter ihren Tribut. Gegen sie kann nicht mehr regiert werden. Politische Themen müssen durch die veröffentliche Meinung sowohl gefiltert wie zubereitet werden (8).

Die Kampagne gegen die alleinerziehenden Mütter war von den konservativen Zeitungen wie dem "Telegraph" zuerst willig aufgenommen worden. Auch die "Sunday Times", die intellektuelle Speerspitze von Rupert Murdochs Zeitungsimperium, gewährte dem US-Soziologen Charles Murray prominenten Platz und flog ihn zu öffentlichen Debatten ein. Murray hat sich seit zehn Jahren in den USA mit seiner These profiliert, die sogenannte Underclass vor allem der African-Americans sei auf den Zerfall der Familienstrukturen zurückzuführen, Armut und Kriminalität würden durch die Abhängigkeit von Sozialleistungen gefördert und die beste Weise, dieses Problem zu beseitigen, bestehe darin, die Sozialleistungen an alleinerziehende Mütter zu streichen (9). Mittlerweile ist der Soziologe Murray ein gerngesehener Berater der englischen Konservativen. Die Boulevardblätter ihrerseits prägten gängige Worthülsen wie "gymslip mums" (Schuluniform-Mütter), mit denen die These vom Sozialmissbrauch von den angeblich verantwortungslosen Müttern popularisiert werden sollte.

Doch ganz kann sich auch die vereinigte konservative Pressemacht nicht über eine veränderte soziale Lage hinwegsetzen. Meinungsumfragen ergaben im November 1993 überraschend deutliche Sympathien für die alleinerziehenden Mütter. Denn die alltäglichen Schwierigkeiten, mit denen sich 1,3 Millionen Alleinerziehende konfrontiert sehen, bedeuten massenhafte soziale Erfahrungen, von denen nicht bloss die Mütter selbst, sondern zahlreiche

Menschen in ihrem Umkreis betroffen sind. Dazu kam eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit, welche die ersten Medienberichte konterte. Es gibt in Grossbritannien gegenwärtig ein ausgedehntes Netz von sozialen Lobbyorganisationen. Teilweise sind sie aus der Arbeiterbewegung entstanden, teilweise aus privaten und kirchlichen Wohltätigkeitsorganisationen. Eine davon ist der National Council for One Parent Families. 1918 gegründet, hat er im letzten Jahrzehnt unter der neuen Direktorin Sue Slipman eine Reorganisierung durchgemacht und beschäftigt mittlerweile dreissig Festangestellte, die neben Beratungen vor allem Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Auch die 1965 gegründete Child Poverty Action Group hat sich in den letzten Jahren mit zahlreichen Studien und Publikationen einen Namen geschaffen, während die 1970 gegründete Organisation Gingerbread 250 lokale Selbsthilfegruppen für alleinerziehende Mütter unterhält. Sue Slipman ist mittlerweile als Gesprächspartnerin selbst von der Regierung anerkannt, und sie belegte hartnäckig die Gegenthese: Nicht die Frauen sind das Problem, sondern soziale Strukturen, die von vielen Männern auf Kosten der Frauen ausgenützt werden.

Vorerst schafften es freilich ebendiese Männer, weiterhin in den Schlagzeilen zu bleiben. Anfang Dezember verübten zwei geschiedene Väter Selbstmord, weil sie den finanziellen Druck nach Scheidungen nicht mehr aushielten. Ein erneuter männlicher Aufschrei hallte durchs ganze Land. Die Empörung richtete sich diesmal nicht mehr direkt gegen die Mütter, sondern gegen die Child Support Agency. War sie nicht ein Rückfall in schlimmsten staatlichen Bürokratismus? Tatsächlich hatte die Agentur ihre Arbeit mit starren Vorschriften aufgenommen, die kaum je individuelle Lebenslagen erfassten. Obwohl viele alleinerziehende Mütter von der Agentur profitiert hatten, war sie auch von seiten der Frauen nicht unbestritten. Über 11'000 Frauen haben beispielsweise stillschweigend darauf verzichtet, ihre Rechte über die Agentur einzufordern; entweder weil sie nicht individuelle Abmachungen mit den Vätern ihrer Kinder gefährden wollten oder weil sie fürchteten, sich der Rache ihrer ehemaligen Partner auszusetzen. Unter dem öffentlichen Druck von über 200 Selbsthilfegruppen von betroffenen Männern im ganzen Land nahm die Agentur erste Änderungen in ihrem Einschätzungsverfahren vor.

Die Medien hatten sich unterdessen einem weiteren Thema zugewandt, das sich scheinbar ins Schema einpassen liess: Home-alone-children, Kleinkinder also, die über die Weihnachtstage von ihren Eltern unbeaufsichtigt geblieben waren. Im Zeichen der moralischen Panikmache galten sie als krasser Beweis für das Schwinden des familiären Verantwortungsgefühls. Kinderhilfsorganisationen wiesen freilich darauf hin, dass solche Fälle seit Jahrzehnten nichts Ungewöhnliches seien und zu einer Gesellschaft gehörten, welche Eltern durch einen Mangel an sozialer Unterstützung überfordere (10). Und im neuen Jahr lief die Back-to-basics-Kampagne, die Rückkehr zur geordneten Kleinfamilie und zu bewährten Werten, selbst in unerwartete Schwierigkeiten. Der konservative Premierminister, der auf die gesunde Familienmoral gesetzt hatte, musste feststellen, dass in seinem Kabinett

etliche Ehebrecher und Väter ausserehelicher Kinder sassen. Die Presse forderte genüsslich ihre Opfer; vier zweitrangige Minister mussten innert kurzer Zeit zurücktreten.

Die königliche Familie, einst das harmonische Vorbild für die Nation, war ja längst schon zerrüttet durch Scheidungen und Affären. Jetzt zerfiel dem Premier auch seine moralische Konstruktion einer gesunden Kernfamilie unter der Hand. Zurück blieb die Ausgrenzung. Wenn Ehebrüche, vor allem männliche, nicht mehr einzudämmen waren und die Unterstützung aus der Bevölkerung für alleinerziehende Mütter unerwartet resistent blieb, so gab es doch andere Grenzen, die sich ziehen liessen, beispielsweise gegenüber Schwulen und Lesben. Als ein Parlamentsvorstoss das Alter, ab dem homosexuelle Beziehungen nicht mehr strafbar sind, senken wollte, brachte die öffentliche Debatte die Verteidiger der letzten christlichen Werte aus ihren Höhlen hervor: Homosexualität als verderbliches, ansteckendes Übel, warnten selbst sogenannt seriöse Zeitungen. Statt auf die europaweit üblichen 16 ist das Schutzalter jetzt auf 18 Jahre gesenkt, was die Diskriminierung ein wenig verringert, aber auch weiterschreibt. Und auf intellektueller Ebene wird der Backlash gegen den Feminismus fortgesetzt. Amerikanischen Postfeministinnen wie Camille Paglia, Naomi Wolf und Kathe Roipie wird ausführlich Platz in allen Medien eingeräumt, sie werden von der "Sunday Times" zu speziellen Debatten eingeflogen, in denen es vor allem um die Abrechnung mit dem lust- und erfolgsfeindlichen Feminismus geht; gleichzeitig werden britische Feministinnen zunehmend aus der Öffentlichkeit ausgeschlossen. Kein Wunder, dass sich die konservativen Zeitungen einen neuen Fall angeblicher Diskriminierung zu eigen gemacht haben: die geschlagenen Männer.

Freilich, kurzfristigen Erfolg versprechen solche Ausgrenzungen zu wenig. Auf der Suche nach schnellen Rezepturen sind deshalb, wieder einmal, Horrorvideos entdeckt worden. Nachdem im berüchtigten Fall James Bulger, in dem ein Kleinkind von zwei Zehnjährigen getötet worden war, vage Hinweise auf Horror-Videos gefunden wurden, bildete sich schnell eine überparteiliche Mehrheit im Parlament, die im April 1994 handstreichartig die schärfsten Zensurgesetze in Westeuropa gegen Videos durchgesetzt hat.

"Back-to-basics" ist als integrales Konzept einer Remoralisierungskampagne gescheitert, gescheitert an der desolaten sozialen Realität als Folge konservativer Sozialpolitik. Gescheitert aber auch daran, dass fünfzehn Jahre konservativer Herrschaft mit ihrer Entsolidarisierung und Fragmentierung soziale Moralen der Arbeiterklasse wie des Mittelstands unterhöhlt haben. Punktuell dominiert die moralische Panikmache die politische Agenda weiterhin, und sie bereitet den Boden vor für den zunehmenden, gezielten Sozialabbau und für eine weitergehende Aufrüstung des Sicherheitsstaats.

Anmerkungen

1) Siehe P. Snyder: The European Women's Almanac. London 1992; vergleiche die entsprechenden Eintragungen unter den einzelnen Ländern.
2) Guardian, London 2.12.1993.
3) HMSO: Social Trends. London 1994.
4) Siehe H. Kaluza/S. Schunter-Kleemann: Frauen in den Ländern Westeuropas. In: S. Schunter-Kleemann (Hg.): EG-Binnenmarkt - EuroPatriarchat oder Aufbruch der Frauen? Bremen 1990.
5) The new proletariat. Independent on Sunday, London 16.5.1993.
6) Guardian, London 21.4.1994.
7) Getting the Facts Right. Informationsblatt des National Council for One Parent Families. London, Winter 1993.
8) Siehe G. Philo: Politics, Media and Public Belief. In: M. Perryman (Hg.): Altered States. London 1994, S. 46-72.
9) Siehe S. Howald: "Underclass", Armut, Rassismus. In: Widerspruch 23 "Krise des Sozialen", Zürich 1992.
10) P. Hewitt/P. Leach: Social Justice, Children and Families. London 1994.

Verdrängung im Westen – Abrechnung mit dem Osten?

224 Seiten, 32 Mark
Mit einem Vorwort von Heinrich Hannover

Konkret Literatur Verlag

Die politische Verfolgung von KommunistInnen, "SympathisantInnen" und unabhängigen Linken in den 50er und 60er Jahren gehört zu den Tabu-Themen der Bundesrepublik. Nach dem Ende des kalten Kriegs und der Vereinigung beider deutscher Staaten ist es höchste Zeit, begangenes Unrecht einzugestehen und die Opfer zu rehabilitieren.

Die Aufarbeitung der deutschen Nachkriegsgeschichte ist ohne die Geschichte der Politischen Justiz im Westen nicht vollständig.